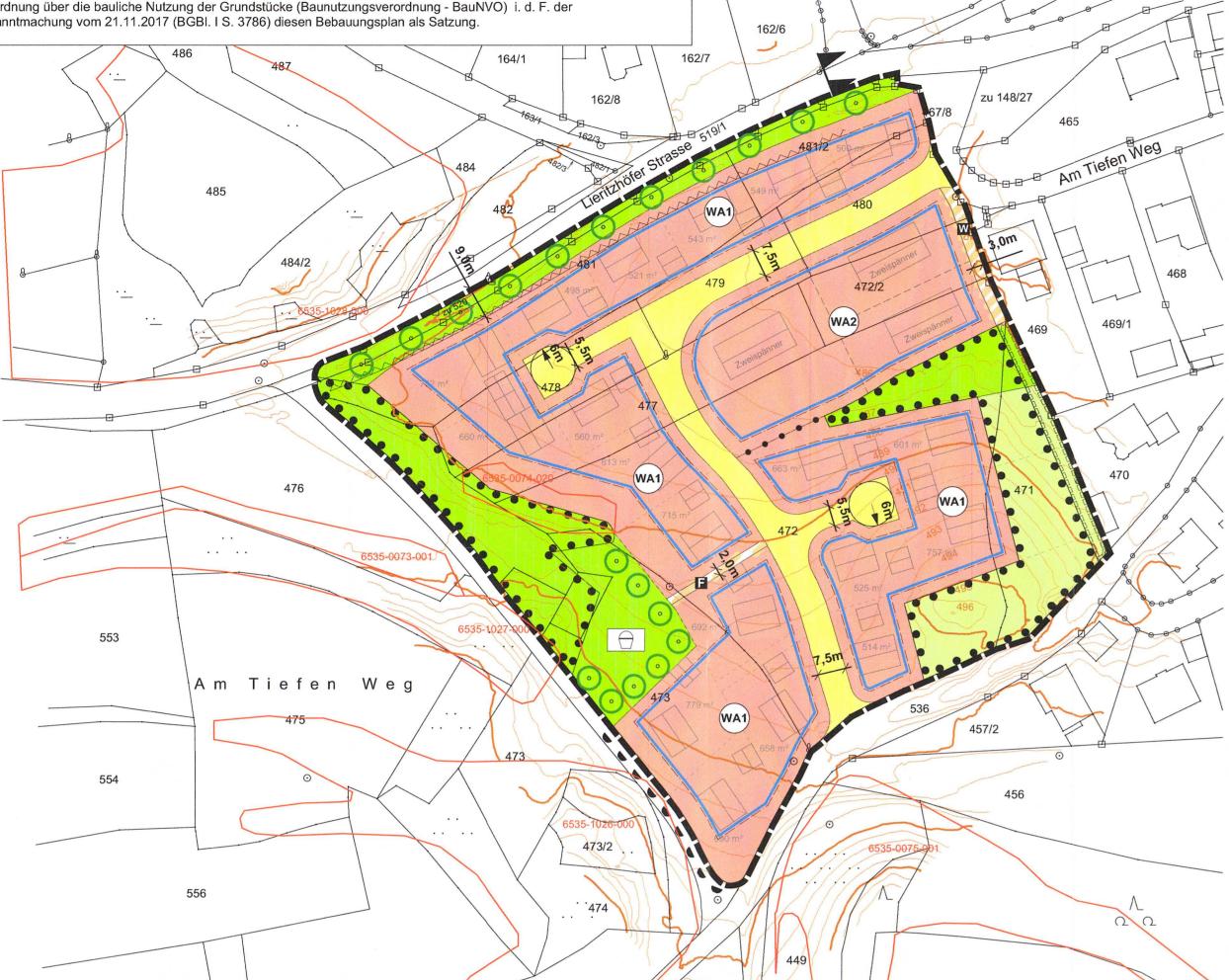
PRÄAMBEL

Die Gemeinde Alfeld erlässt gem. § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung (i. d. F.) der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBI. I S. 3634) und des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung -

GO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBI S. 796), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 38 der Verordnung vom 26.03.2019 (GVBl. S. 98) sowie des Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBI S. 588), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24.07.2019 (GVBI. S. 408) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBI. I S. 3786) diesen Bebauungsplan als Satzung.



Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nrn. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

4.1 Erhaltungsgebot für Vegetationsbestände Die zum Erhalt festgesetzten Vegetationsbestände sind als Hecken oder Feldgehölze bzw. magere Grünlandflächen zu erhalten. Zulässig ist ein gelegentlicher abschnittsweiser Rückschnitt. Bauliche Anlagen sind hier nicht zulässig.

4.2 Pflanzgebot innerhalb der Bauflächen

Pro Baugrundstück ist mindestens ein mittelkroniger Laubbaum oder Obstbaum als Hochstamm oder Halbstamm zu pflanzen.

4.3 Nadelgehölzhecken oder Schotter-/Kiesgärten mit weniger als 70% Bepflanzung sind nicht zulässig.

4.4 Die Baufeldberäumung ist nur außerhalb der Vogelbrutzeit oder direkt nach der Ernte der Feldfrüchte bzw. Mahd des Grünlands zulässig.

4.5 Die Straßenbeleuchtung ist nur mit insektenfreundlichen Leuchtmitteln zulässig.

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. Art. 81 der BayBO) und Gestaltungsfestsetzungen

Wohngebäude

1.1 Gebäudeform

An- und Vorbauten sowie Zwerchgiebel und Erker sind zulässig, wenn sie sich der Gesamtform und -gestaltung des Hauptbaukörpers unterordnen (= die Kubatur und Höhe des Hauptbaukörpers deutlich unterschreiten).

Bei Doppelhäusern besteht Anpassungspflicht hinsichtlich

- Dachneigung, Dacheindeckung, Dachgauben und sonstigen Dachaufbauten

Dachüberstände an Ortgang und Traufe Maßgebend ist das zuerst beantragte Gebäude.

1.2 Dachform Hauptdach

WA 1: symmetrisches Satteldach mit mittigem First, Zeltdach bzw. Walmdach oder versetztes Pultdach (kombiniertes Dach).

WA 2: symmetrisches Satteldach (Dacheinschnitte sind zulässig). Der Dachvorsprung an der Traufe darf max. 50 cm und am Ortgang max. 30 cm betragen.

1.3 Dachneigung Hauptdach

Die Neigung muss zwischen und 20° und 48°liegen.

1.4 Dacheindeckung und Dachaufbauten Die Dacheindeckung hat in rot bis rotbraun oder anthrazit (nicht glänzend) zu erfolgen. Dachgauben sind nur beim Satteldach mit Dachneigung ab 35° wenn das 2. Geschoß im Dachgeschoß liegt, zugelassen. Mindestabstand der Gaube zur Giebelseite 1,5 m (gemessen wird von der Außenwand), zum First 0,7 m.

A. Festsetzungen durch Planzeichen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 4 BauNVO)

Allgemeines Wohngebiet

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

Öffentliche Verkehrsflächen

Bereich ohne Ein- oder Ausfahrt

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

5. Flächen/Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden,

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB; § 1a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1a Satz 2 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Erhalt von Vegetationsbeständen

Natur und Landschaft sowie für Pflanzungen und Erhaltungen

vorhandene Grundstücksgrenzen

(mit Parzellen-Nr. / Parzellengröße ca. m²)

straßenrechtliche Ortsdurchfahrtsgrenze

Biotope der bayer. Biotopkartierung (mit Nummer)

(mit Flurnummern)

Höhen in m ü. NN

mögliche Parzellierung

mögliche Gebäudestellung

Pflanzgebot Laubbäume (nicht standortgebunden)

2. Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche

Baugrenze

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Öffentlicher Fußweg

Wirtschaftsweg

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Spielplatz

Private Grünfläche

Öffentliche Grünfläche

1. Art der baulichen Nutzung

3. Verkehrsflächen

4. Grünflächen

Hinweise

57

Zweckbestimmung:

2.1 Der erforderliche Stauraum vor den Garagen und Stellplätzen darf durch Einfriedungen größenmäßig nicht beschränkt werden. Der erforderliche Stauraum beträgt bei Garagen mindestens 5 m, und Carports mind. 3 m. Die mittlere Höhe von Garagen darf 3,0 m überschreiten, wenn dies aufgrund der Hanglage erforderlich ist.

2.2 Bei Garagen mit Satteldach ist die Dachneigung aneinander gebauter Grenzgaragen aufeinander abzustimmen (Anpassungspflicht). Maßgeblich ist die zuerst genehmigte Garage. Ein Kniestock für Garagen ist nicht zulässig. Das Aufstellen von Blechgaragen ist unzulässig.

2.3 Für Wohneinheiten über 50 qm Wohnfläche sind 2 Stellplätze für Kraftfahrzeuge herzustellen, für Wohneinheiten unter 50 gm Wohnfläche 1,5 Stellplätze, Kommastellen werden aufgerundet.

Einfriedungen, Geländegestaltung

3.1 Grundstückseinfriedungen zu öffentlichen Flächen sowie zur freien Landschaft hin sind nur in transparenter Ausführung bis zu einer Höhe von 1,25 m über Oberkante Straße zulässig. Tore und Türen dürfen nicht zur Straße hin aufschlagen

3.2 Stützmauern an den Grundstücksgrenzen sind bis max. 1,0 m zulässig. Größere Höhenunterschiede müssen mit Erdböschungen überwunden werden.

D. Hinweise

1. Auf möglichen Hangwasserzufluss wird hingewiesen. Eine "Weiße Wanne" wird empfohlen.

Bei Neupflanzungen von Gehölzen sind die gesetzlichen Grenzabstände einzuhalten: Gehölze bis zu 2,0 m Höhe – mindestens 0,5 m Abstand von der Grenze Gehölze über 2,0 m Höhe – mindestens 2,0 m Abstand von der Grenze

Alle mit der Durchführung des Projektes betrauten Personen müssen darauf hingewiesen werden, dass bei Außenarbeiten auftretende vor- und frühgeschichtliche Funde nach dem Bayer. Denkmalschutzgesetz unverzüglich dem Bayer. Landesamt für Denkmalpflege gemeldet werden müssen. Archäologische Bodendenkmäler genießen den Schutz des BayDSchG, insbesondere Art. 7 Abs. 1 und Art. 8 Abs. 1 und 2.

Auf Immissionen aus der angrenzenden landwirtschaftlichen Bewirtschaftung sowie durch Verkehr wird hingewiesen.

Bei einem Betrieb von haustechnischen Anlagen (z.B. Klimageräte, Abluftführungen, Wärmepumpen) gelten in der Summe folg. Immissionsrichtwerte für Lärm an fremden Wohnräumen im allgemeinen Wohngebiet: tags (06.00-22.00): 55 dB(A), nachts (22.00-06.00): 40 dB(A),

Auf den besonderen Schutz des Mutterbodens und sonstige Vorgaben zum Umgang und zum Schutz von Boden nach DIN 19731 und § 12 BBodSchV wird hingewiesen.

Bei Gestaltungsfragen wird insbesondere bei Zweifelsfällen eine frühzeitige Abstimmung mit der Gemeinde empfohlen.

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

> Umgrenzung der Flächen, die von Bebauung freizuhalten sind (Bauverbotszone), Ausnahme für Zäune und Nebengebäude im Einvernehmen mit Straßenbaulastträger möglich

Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Hinterlieger (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

VERFAHRENSVERMERKE FÜR DIE AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES

Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 13.11.2019 die Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 17.12.2019 ortsüblich bekannt gemacht.

Zum Entwurf des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan in der Fassung vom 13.11.2019 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 22.04.2020 bis 22.05.2020 beteiligt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan in der Fassung vom 13.11.2019 wurde mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 22.04.2020 bis 22.05.2020 öffentlich ausgelegt. Die Auslegung wurde 1 Woche vorher bekanntgemacht.

Zum geänderten Entwurf des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan in der Fassung vom 23.06.2020 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 17.08.2020 bis 18.09.2020 erneut beteiligt.

Der geänderte Entwurf des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan in der Fassung vom 23.06.2020 wurde mit Begründung gemäß § 4a BauGB in der Zeit vom 17.08.2020 bis 18.09.2020 öffentlich ausgelegt. Die Auslegung wurde eine Woche vorher bekannt gemacht.

Die Gemeinde hat mit Beschluss des Gemeinderates vom 27.10.2020 den Bebauungsplan mit Grünordnungsplan gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 27.10.2020 als Satzung beschlossen.

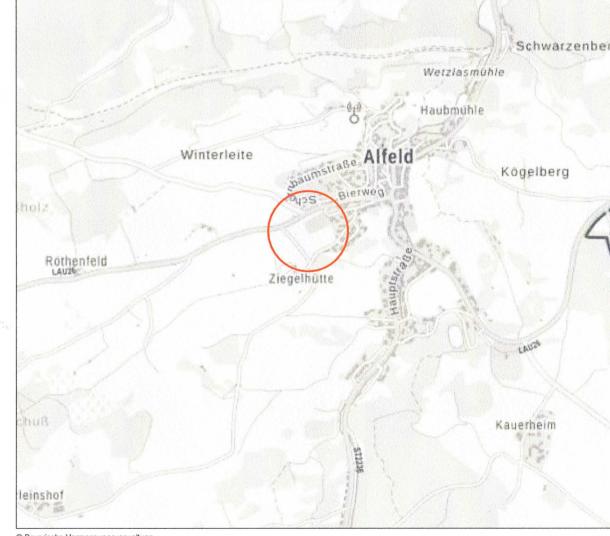




Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan wurde am 0 2 Sep. 2021 gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten







© Bayerische Vermessungsverwaltung



Gemeinde Alfeld

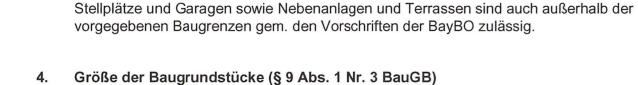
Bebauungsplan mit Grünordnungsplan Nr. 11 "Alter Sportplatz"

maßstab: 1:1.000 27.10.2020 bearbeitet: qb / lb

ergänzt:

Bauernschmitt • Wehner Landschaftsarchitekten + Stadtplaner PartGmbB 90491 nürnberg oedenberger str. 65 tel 0911/39357-0 fax 39357-99 www.team4-planung.de info@team4-planung.de





Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen (§ 12 und 14 BauNVO)

vorgeschriebenen Abstandsflächen eingehalten werden.

B. Textliche Festsetzungen nach § 9 BauGB und BauNVO

1.1 Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

im Plangebiet nicht zulässig sind.

WA 1 Maximal II Vollgeschosse zulässig.

WA 2 Maximal III Vollgeschosse zulässig.

2.2 Grundflächenzahl GRZ: (§§ 16, 17 und 19 BauNVO)

2.3 Geschoßflächenzahl GFZ (§§ 16, 17 und 19 BauNVO)

2.4 Höhenfestsetzung (§ 9 Abs. 2 BauGB, § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO)

2.5 Beschränkung der Zahl der Wohnungen (§ 9 Nr. 1 Abs. 6 BauGB)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

Im WA 1 sind pro Wohngebäude max. 2 Wohneinheiten zulässig.

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen, Stellung der baulichen Anlagen

3.1.1 Nur Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig. Die max. Hauslänge beim Einzelhaus

Unabhängig von den Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten hinsichtlich der

überbaubare Grundstücksfläche darf nur dann voll ausgenutzt werden, wenn die

Die Mindestgröße eines Baugrundstückes beträgt 250 qm bei Doppelhäusern.

Abstandsflächen die Regelungen der BayBO; die durch die Baugrenzen ausgewiesene

2. Maß der baulichen Nutzung

WA 1: 0,35; WA 2 0,4

WA 1: 0,8; WA 2 1,2

Gebäudes mit dem Gelände.

3.1 Offene Bauweise

beträgt 16 m.

3.2 Baugrenze

(§ 22 Abs. 2 BauNVO)

(§ 23 Abs. 3 BauNVO)

2.1 Zahl der Vollgeschosse

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1-15 BauNVO)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und § 9 Abs. 2 BauGB und §§ 16 - 21a BauNVO)

Gemäß § 1 Abs. 4 und Abs. 9 BauNVO in Verbindung mit § 15 BauNVO wird

festgesetzt, dass die nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen

WA 1: Die max. traufseitige Wandhöhe beträgt 6,60 m, die max. Firsthöhe 9,50 m.

WA 2: Die max. traufseitige Wandhöhe beträgt 7,00 m. Die max. Firsthöhe beträgt

Fahrbahnmitte der Erschließungsstraße liegen oder bergseitig maximal mit dem

angrenzende Mittelpunkt der Gebäudeseite bzw. der höchste Schnittpunkt des

11,50 m. Gemessen wird von der fertigen Erdgeschoss-Fußbodenoberkante (EFOK)

vorhandenen Gelände identisch sein. Bezugspunkt ist der der an das Straßenniveau

bis zur Schnittlinie Außenkante Außenwand/Oberkante Dachhaut. Die Oberkante des

fertigen Erdgeschossfußbodens darf maximal 0,30 m über dem zukünftigen Niveau der